



Zeitung des RSB/IV. Internationale

Streik gegen Krieg!

Millionen Menschen beteiligen sich weltweit an der Bewegung gegen den Krieg. Sie geben auf den Straßen von New York, London, Berlin, Belgrad, Tel Aviv, Melbourne, Buenos Aires oder Kapstadt ihr eindeutiges Votum ab: "Stop the war!".

Doch die USA und ihre Verbündeten wollen an ihrem geplanten Angriff festhalten. Im Wettlauf um Ölvorkommen will die führende Weltmacht die politische Vorherrschaft über den Irak und die Golfregion erlangen. Dagegen wollen die konkurrierenden Großmächte Frankreich und Deutschland, Russland und China den Waffenengang verhindern. Die Bombardierung und Ermordung irakischer Menschen wird kein Betriebsunfall sein. Sie ist im weltweiten Kapitalismus und dessen Gier nach Rohstoffen, Investitionsfeldern und Absatzmärkten begründet.

Auch wenn die USA und Britannien den Irak angreifen werden: Wir können den Lauf der politischen Ereignisse beeinflussen und den Krieg stoppen. Doch unser Protest muss entschiedener werden. Mahnwachen und Demonstrationen müssen sich mit Akten zivilen Ungehorsams verbinden: Demonstrationen vor US-Militäreinrichtungen und auf wichtigen Nachschubwegen! Sitzblockaden vor Zügen mit Truppen und militärischem Gerät! Aufforderung und Ermunterung der US- und britischen Soldaten zur Desertion. Demonstrationen, Kundgebungen und allgemeine Arbeitsniederlegung ab dem Tag X!



**KRIEG IST KEINE LÖSUNG –
STREIKS GEGEN KRIEG SIND EINE!**

Das wirkungsvollste Mittel gegen Krieg heißt Streik. Zwei schottische Lokführer konnten einen Munitionstransport stoppen. Die Hafnarbeiter im italienischen Livorno weigerten sich US-Militärgerät zu verladen. Das zeigt die Macht der Gewerkschaftsbewegung. Der Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbunds und damit die DGB-Gewerkschaften zum Streik gegen den Krieg am 14. März, wurde in Europa von Millionen, in der BRD von Hunderttausenden befolgt. Bei der geringen Zeit zur Vorbereitung konnte das nur ein Warmlaufen sein. Hinzu kam die Schwerfälligkeit des bürokratischen Gewerkschaftsapparats. Weitere Streiks müssen folgen. Schülerstreiks und Streiks in den Betrieben müssen sich zu gemeinsa-

men Demonstrationen vereinigen und zu einer riesigen, weltweiten Protestwelle verbinden. Dabei darf die Antikriegs- und Gewerkschaftsbewegung nicht zum Erfüllungsgehilfen der Machtbestrebungen von Berlin, Paris und Moskau werden. Es geht um die Menschen im Irak!

Bei einem Kriegausbruch könnte ein erster erfolgreicher Angriff der USA viele Menschen entmutigen. Wir brauchen einen langen Atem. Nur dann haben wir eine Chance, die kommende Tragödie zugunsten der irakischen Bevölkerung zu ändern. Es wäre falsch unsere Ablehnung des Krieges von den jeweiligen Berichten der UN-InspektorInnen abhängig machen. Die Abrüstung des Irak und den Sturz der Militärdiktatur Husseins können nur die Lohnabhängigen dort mit Unterstützung der Landbevölkerung lösen. Die "Antikriegshaltung" von Schröder-Fischer folgt den wirtschaftlichen und diplomatischen Interessen Deutschlands und der Kern-EU. Bei einem erfolgreichen Vormarsch der USA kann Schröder um 180 Grad auf Kriegskurs umschwenken. Denn wie Verteidigungsminister Struck (SPD) erklärte: "Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt".

INHALT

● Innen

Schröder.....3

Kündigungsschutz.....4

● Betrieb & Gewerkschaft

Alstom.....5

● Schwerpunkt

Warum Bagdad.....6

Rolle der UN.....7

Saddams Regime.....8

Kuristan.....8

● Antirepression

Folter in der BRD.....20

● Aus der Linken

Programmwurf PDS.....10

● Aus dem RSB

Osterseminar.....18

● Letzte Seite

Afghanistan.....12

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn ihr diese Zeitung in Händen haltet, hat eventuell der Krieg schon begonnen. Mit unseren bescheidenen Mitteln wollen wir weiterhin dazu beitragen, Aktivistinnen und Aktivisten der Antikriegsbewegung zu bewaffnen. Deshalb stellen wir für die nächste Zeit – beginnend mit dieser Nummer – die *Avanti* auf zweiwöchiges Erscheinen um. Wir wollen möglichst zeitnah die Ereignisse beleuchten, Material und Argumente liefern.

Wie leicht auszumalen ist, deckt der Verkaufspreis bei weitem nicht unsere Kosten. Deswegen können wir bei einer zweiwöchigen Zeitung und einem reduzierten Verkaufspreis von 0,50 Euro nicht mehr als 12 Seiten drucken lassen. Material haben wir allerdings weit mehr und möchten – möglichst bald – bei der zweiwöchigen Zeitung 16 Seiten drucken lassen, ohne von dem reduzierten Verkaufspreis von 0,50 Euro abzugehen.

Dazu brauchen wir eure Hilfe. Zeiten des Kriegs erfordern verstärkte Anstrengungen im Publikationswesen einer revolutionären Organisation. Wir möchten euch bitten, uns dabei zu unterstützen und den nachfolgenden Spendenaufruf zu beachten. *Eure Redaktion*

SPENDENAUFRUF

Liebe Leserin, lieber Leser der *Avanti*,

auch revolutionäre Politik kostet Geld, deshalb spendet für die *Avanti* sowie für die Politikansätze, die wir entwickeln wollen. Wir brauchen dringend Eure Unterstützung. Bitte spendet auf folgendes Konto:

Sonderkonto „Avanti“, Postbank Berlin 634 816 106, BLZ 100 100 10

KONTAKTE

RSB-Büro: Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; Telefon und Fax: 0621/1564046; E-Mail: buero@rsb4.de, Internet: www.rsb4.de

Oganisationen der IV. Internationale auf der RSB-Homepage)

RSB Aachen: über RSB Köln; **RSB Berlin:** Postfach 170116, 10203 Berlin; **RSB Dithmarschen:** Hirtenstaller Weg 34, 25761 Büsum; **RSB Duisburg:** über RSB Oberhausen; **RSB Essen:** PLK 067310, 45468 Mülheim/Ruhr; **RSB Flensburg:** über RSB Hamburg; **RSB Frankfurt/M.:** über RSB Wiesbaden; **RSB Hagen:** über RSB Essen, **RSB Halle:** über RSB Berlin; **RSB Hamburg:** c/o Gerlef Gleiss, Steinwegspassage 6, 20355 Hamburg; **RSB Karlsruhe:** c/o Sozialistische Linke, Gewerbehof/Steinstr. 23, 67133 Karlsruhe; **RSB Köln:** c/o Verlag Neuer Kurs, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln; **RSB Mannheim/Ludwigshafen/Weinheim/Heidelberg:** RSB Rhein-Neckar, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; **RSB Mainz:** c/o Michael Weis, Karl-Trau-Strasse 18, 55130 Mainz; **RSB Marburg:** c/o Infoladen Metzgergasse 1b, 35037 Marburg; **RSB München:** c/o „Linke Projekte“, Gravelottestraße 6, 81667 München; **RSB Neukirchen-Vluyn:** über RSB Oberhausen; **RSB Oberhausen:** c/o A. Walther, Elsa-Brändström-Strasse 66, 46045 Oberhausen; **RSB Oldenburg (Nds.):** über RSB Hamburg; **RSB Potsdam:** Lindenstr. 47, 14467 Potsdam; **RSB Simbach am Inn:** über RSB München; **RSB Stuttgart:** c/o O. Jaiser, Nellinger Str. 17, 70619 Stuttgart; **RSB Tübingen:** über RSB Stuttgart; **RSB Trier:** c/o Infoladen Trier, Hommerstr. 14, 54290 Trier; **RSB Wiesbaden:** c/o Infoladen linker Projekte, Werderstrasse 8, 65195 Wiesbaden.

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.



Die **Avanti** ist zu bestellen
über das zentrale

RSB-Büro:
RSB, Verbindungskanal/Linkes
Ufer 20-24, 68159 Mannheim
oder e-Mail: avanti@rsb4.de
buero@rsb4.de

Jahresabo (mind. 11, bei 14-tägigem
Erscheinen entsprechend mehr Ausgaben):
25 Euro
Halbjahresabo: 13 Euro
Förderabo: mind. 40 Euro
Probeabo (3 Ausgaben): 5 Euro

Den Betrag bitte auf das
Konto 634 816 106 auf der Postbank
Berlin, BLZ 100 100 10 überweisen.

IMPRESSUM: *Avanti* – Zeitung des *Revolutionär Sozialistischen Bundes/IV. Internationale* (RSB) – erscheint monatlich (mindestens 11 mal pro Jahr). V.i.S.d.P.: Peter H. Kreitz; Redaktion: Daniel Berger, Trixi Blixer, Heiko Freund, Joe Hill, Peter H. Kreitz, E. Lorenz, Albert C. Rosner; mitbegründet von Hans-Jürgen Schulz; Kontakt und Abonnement: RSB, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der HerausgeberInnen wieder. EinsenderInnen von Manuskripten und Briefen erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Die Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Kampfansagen nach außen und innen

Nicht nur gegenüber den USA sucht die SPD-Regierung die Konfrontation, sondern auch gegenüber den Gewerkschaften.

Am 14. März stellte Bundeskanzler Schröder das "Reform"paket der Bundesregierung vor. Die Botschaft war absehbar: Die ArbeiterInnenklasse soll die kapitalistische Krise bezahlen. Schröders "Reformen" (siehe Kasten) bringen den 300000 KapitaleignerInnen neue Erleichterungen und den 41 Millionen Lohnabhängigen umfangreiche Belastungen.

"BÜNDNIS" AUFGEGBEN

SPD und Grüne haben ihr zentrales innenpolitisches Projekt, das "Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit" aufgegeben. Die neuen Kürzungen sind so umfassend, dass Kapital und Regierung nicht mit der Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie rechnen können. Das "Bündnis" wurde de facto durch eine Große Koalition aus SPD und CDU-CSU, unterstützt von den Kapitalverbänden, ersetzt. Eine wichtige Rolle spielen die bürgerlichen Medien, die seit Monaten für eine Verschärfung des neoliberalen "Reform"urses trommelten. Gleichzeitig machten sie gegen die Gewerkschaften, als größtem "Hindernis" zur Durchsetzung der "Reformen", Stimmung.

GEWERKSCHAFTEN IN DEFENSIVE

In den Gewerkschaften wuchs der Druck der Aktiven auf die Vorstände, sich dem sozialen Kahlschlag zu verweigern. Gegen die Hartz-Vorschläge regnete es Protestresolutionen. Wie werden die Ge-



werkschaften auf Schröders Kampfansage antworten? Ein Teil der Gewerkschaftsbürokratie ist selbst neoliberal und wird sich den "Reformen" unterwerfen. Linke SozialpartnerInnen werden zur Gegenwehr aufrufen. Auch die zentralen Apparfraktionen könnten mobilisieren – um so schnell wie möglich zum "Bündnis für Arbeit" zurückzukehren.

AUSSEN & INNEN

Wenn die Bundesregierung einige Rücksichtnahmen auf die Gewerkschaftsbürokratie fallen läßt, dann ist das eine wichtige politische Kursänderung. Die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen sollen nach außen und innen neu bestimmt werden. Außenpolitisch erfordern die imperialistischen Interessen des BRD- und EU-Kapitals eine Politik der *begrenzten* Konfrontation mit den USA. Dieser für das Zusammenwachsen der EU recht erfolgreiche Kurs stärkte das Selbstbewußtsein des Kapitals und seiner Regierung. Das

ließ Schröder-Fischer auch in der Innenpolitik fordernder und kampfbereiter auftreten und die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften suchen.

Doch beide Konflikte sind begrenzt. Weder will die Bundesregierung den völligen Bruch mit den USA noch die Niederschlagung der Gewerkschaften. In der Konkurrenz der Blöcke sind, vor allem bei einem schnellen militärischen Sieg der USA im Irak, jederzeit Kompromisse möglich. Dies gilt auch innenpolitisch, wenn die Gewerkschaften gegen die soziale Demontage erfolgreich mobilisieren würden.

DIE DRITTE KRAFT

Schröder-Fischer muss das Wasser bis zum Halse stehen, wenn sie sich gleichzeitig mit den USA und den eigenen Gewerkschaften auseinandersetzen. Dabei haben sie die Antikriegsbewegung nicht in Rechnung gestellt. Diese mag zunächst ungewollt als "Verbündete" der Kern-EU gegen die USA, Britannien und den spanischen Staat wirken. Sollte aber die Antikriegsbewegung in der BRD die "soziale Frage" aufgreifen, dann könnte die Große Koalition des Neoliberalismus ernste Probleme bekommen. Wenn sich die Gewerkschaftsbewegung mit der Friedensbewegung verbindet, bestehen dafür die besten Aussichten.

B.B.

Wie sich die Vorschläge gleichen:

Große Koalition der sozialen Demontage

Schröder

Arbeitslosengeld für Langzeitarbeitslose auf Höhe der Sozialhilfe
Arbeitslosengeld auf 18 Monate gekürzt (für über 45-jährige)
Kündigungsschutz in Kleinbetrieben wird gelockert
Bei Entlassung Wahl zwischen Klage und Abfindung
Öffnungsklauseln in Tarifverträge für mehr Flexibilisierung
Beiträge für Krankenkasse werden von 14,3 auf 13% gesenkt
Krankengeld soll privat versichert werden
Weitere Zuzahlungen bei Arztkosten
Krankenversicherungsbeiträge auf unter 13 Prozent senken
Geringere Rentenerhöhungen

Stoiber

Senkung der Sozialversicherungsbeiträge auf maximal 40 Prozent
Aufhebung des Kündigungsschutzes in Unternehmen unter 20 Lohnabhängigen
Bei Neueinstellungen Festschreibung von Abfindungsregelungen statt Kündigungsschutz
Betriebliche Bündnisse für Arbeit ohne Zustimmung der Gewerkschaften
Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 12 Monate
Senkung der Sozialhilfe um ein Viertel
Teilzeit-/Befristungsgesetz, Arbeitszeitgesetz und Arbeitsstättenrecht gelten nicht mehr für Betriebe unter 20 Lohnabhängigen.
Krankenversicherungsbeiträge ab 2005 nicht über 14 Prozent

ÄNDERUNGEN KÜNDIGUNGSSCHUTZ:

Ein Angriff auf alle Lohnabhängigen

Einen „Kündigungsschutz“ gibt es im Kapitalismus nicht. Gekündigt wird mit und ohne Gesetz. Gerade bei Massenentlassungen hat das sog. Kündigungsschutzgesetz keine Auswirkungen auf die Zahl der Entlassungen, sondern nur auf die Auswahl der betroffenen Personen.

Am 14. März kündigte Schröder im Bundestag die Lockerung des Kündigungsschutzes an. Bisher hat sich Clement noch nicht auf einen genauen Wortlaut seiner geplanten Gesetzesänderung festgelegt. Bisher gilt der Kündigungsschutz für alle Betriebe mit mehr als 5 Beschäftigten. Das soll geändert werden.

WENIGER KÜNDIGUNGSSCHUTZ = MEHR EINSTELLUNGEN?

Schon während der Kohlregierungszeit waren nach einer ähnlichen Gesetzesänderung deswegen die Arbeitslosenzahlen gestiegen. Allein bis 1998 sind nach Erhebungen des *WSI* ca. 150 000 Stellen in Kleinbetrieben abgebaut worden. Wer aus wirtschaftlichen Gründen jemanden entlassen will, kann dies leider tun und bekommt auch noch vor jedem Gericht Recht. Auch dem Kleinkapital geht es um Einschüchterung, Disziplinierung, um Heuern und Feuern nach Belieben und ohne „Sozialauswahl“.

ABSCHAFFUNG DER SOZIALAUSWAHL

Der zweite Kernpunkt des Schröder-Clement-Plans ist die weitgehende Abschaffung der Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen d.h. der Auswahlkriterien Familienstand, Betriebszugehörigkeit und Alter. Dies könnte verheerende Konsequenzen haben. Fällt die Sozialauswahl weg, dann würden gerade Ältere, Mütter und Väter, Alleinerziehende oder Leistungsgeminderte verstärkt aussortiert. Auch insgesamt werden die Entlassungszahlen steigen. Denn bisher



hat die Pflicht zur Sozialauswahl die KapitalistInnen wenigstens hin und wieder von Entlassungen abgehalten, weil sie sonst die hätten entlassen müssen, die sie behalten wollten.

DREIFACHER EFFEKT

Die Änderung des sogenannten Kündigungsschutzes wirkt auf mehreren Ebenen:

1. Das Heuern und Feuern wird gefördert. Auch kleinere Auftragsrückgänge führen schneller zu Personalabbau.
2. Viele Lohnabhängige sehen sich als jederzeit kündbar. Das treibt die Arbeitshetze und Auspowerung der Beschäftigten in die Höhe.
3. Gefördert wird die Tendenz zur Betriebsaufspaltung. Einzelne Abteilungen werden „ausgegründet“ und zu selbstständigen Betrieben. Dann können die Beschäftigten leichter unter Druck gesetzt werden. Mit Betriebsobleuten statt Betriebsräten werden sich die Arbeitsbedingungen von Millionen von Lohnabhängigen verschlechtern.

SCHWIERIGE MOBILISIERUNG

Nach den Regierungsplänen werden die Zahlungen aus einem Sozialplan mager

er ausfallen. In Zukunft spielt weniger die Kampfkraft der Belegschaft und die Entschlossenheit des Betriebsrats eine Rolle als die vorgegebenen Abfindungstabellen. Dies wird den Kampf gegen Entlassungen z. B. mit Betriebsbesetzungen, breite Mobilisierungen in der Region und in der Gewerkschaft erschweren. Wenn es noch nicht mal zu einer Auseinandersetzung zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat kommt, dann wird es noch schwerer „aus dem Stand heraus“ zu Aktionen überzugehen, die nicht im Betriebsverfassungsgesetz „vorgesehen“ sind.

Mit anderen Worten: Jede Vereinfachung und jede Verbilligung von Kündigungen senkt die Schwelle für betriebsbedingte Kündigungen und „mindert den wirtschaftlichen Anreiz zur Arbeitsplatzsicherung durch Kurzarbeit, Versetzung, Umschulung oder Weiterqualifikation“.

Unter dem Strich wird es also zu einer deutlichen Zunahme von Arbeitslosen führen. Verstärkt wird diese Tendenz noch durch weitere Regierungsvorhaben: Wenn die Zahlung des Arbeitslosengeldes verkürzt wird und wenn das Arbeitslosengeld II (bisher die Arbeitslosenhilfe) auf 10 Prozent über dem Sozialhilfesatz gekappt wird, wird es nochmals zu bedeutenden Einbrüchen bei der Massenkaufrkraft kommen. Eine wachsende Kluft zwischen Angebot und kaufkräftiger Nachfrage wird natürlich weitere Arbeitskräfte für das Kapital „überflüssig“ machen und somit auch von dieser Seite her dazu beitragen, dass sich die Spirale weiter nach unten dreht.

D.B.

Senkung der Lohnnebenkosten

Damit werden seit Jahren alle wesentlichen Umbaumaßnahmen zugunsten des Kapitals wie Rentenreform oder Gesundheitsreform begründet. Ziel ist die Senkung der Beiträge der KapitaleignerInnen an die Sozialversicherungen. Angeblich schafft das neue Arbeitsplätze. Dies ist Widersinn pur. Wenn sich die Lohnabhängigen privat zusatzversichern müssen, fehlt ihnen Kaufkraft. Der Konsum geht weiter zurück und Arbeitsplätze werden abgebaut. Die Senkung der „Lohnnebenkosten“ bedeutet Kürzung des indirekten Lohns. Die KapitaleignerInnen werden nur dann mehr produzieren und mehr Leute einstellen, wenn dem eine steigende kaufkräftige Nachfrage gegenübersteht.



ALSTOM

Arbeitsplatzvernichtung angekündigt

Am 12. März trat der neue Chef des globalen Elektrotechnikkonzerns Alstom, Kron, in Paris vor die Presse. Mit einem verschärften Abbaukurs wollte er Vorgaben der Banken erfüllen und die Börse beruhigen. Letzteres scheiterte.

Die Alstom-Aktie fiel auf einen neuen Tiefstand, so dass einer der größten Elektrotechnikkonzerne der Welt jetzt nur noch einen Aktienwert von 400 Millionen Euro hat. Seit der Börsennotierung 1998 hat die Alstom-Aktie einen Kursverlust von 90 % zu verzeichnen. Keine guten Aussichten für die rund 120.000 Beschäftigten weltweit.



EXPANSION

Alstom ist durch den Expansionskurs seines "historischen Patrons" Bilger, durch Managementfehler und Qualitätsmängel in eine Existenzkrise geraten. Die Ursachen hierfür liegen in der Logik des Kapitalismus: im weltweit verschärften Konkurrenzkampf, in der immer kurzfristigeren Logik der Profitsteigerung um jeden Preis und damit nicht zuletzt in der Orientierung am spekulativen Element des neoliberalen Systems.

SANIERUNG

Kron, der als "Kostenjäger" und "Sanierer" zu Alstom geholt worden ist, will die bedrohliche Verschuldung des Konzerns von rund 5,3 Milliarden Euro bis 2005 halbieren. Zahlen sollen die Zeche vor allem die Noch-Beschäftigten. Der angekündigte Verkauf der Sparte Stromübertragung und -verteilung sowie der Sparte Industrieturbinen wird etwa 35.000 Beschäftigte betreffen. Ferner sollen rund 500 Millionen Euro pro Jahr an Lohn- und Gehaltskosten "eingespart" werden. Das sind rund 10.000 weitere Arbeitsplätze.

Obwohl konkrete Abbaupläne zweifelsohne bereits vorbereitet sind, wollte Kron sich zu Einzelheiten nicht äußern. Es klingt wie Hohn: Einerseits kündigt er beschleunigte "Kostensenkungsprogramme", eine weitere "Filetierung" des Konzerns und das Abstoßen anderer Konzernbereiche wie den Schiffsbau an. Andererseits behauptet er, dass der Prozess der Arbeitsplatzvernichtung "fair" und "unter vollständiger Einbeziehung unserer Sozialpartner" ablaufen soll.

WIDERSTAND

Der Europäische Betriebsrat von Alstom kritisierte Krons Ankündigungen. Alle geplanten Maßnahmen seien ohne vorhergehende Anhörung dieses Gremiums entschieden worden. Der Euro-Betriebsrat kündigte politischen und rechtlichen Widerstand gegen die Abbaupläne der Konzernleitung an: "Es ist höchste Zeit, unsere Arbeitsplätze zu verteidigen!" Der schon im Sommer 2002 diskutierte europaweite Aktionstag wird erneut in Gespräch gebracht. Es ist allerdings höchste Zeit, dass diesen Worten ein entschlossener Widerstand auf allen Ebenen folgt.

H.N.

– Anzeige –

Der virtuelle Treffpunkt der Gewerkschafts- und Betriebslinken



www.labournet.de

DER REAL EXISTIERENDE KAPITALISMUS

Der Industrienähmaschinenhersteller **Pfaff** in Kaiserslautern baut 140 Arbeitsplätze ab. Die verbleibenden 860 Beschäftigten müssen Einkommensverzicht bei Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie bei Tariferhöhungen hinnehmen. FTD 24.2.03

Der zum Rheinmetall-Konzern gehörende Automobilzulieferer **Kolbenschmidt Pierburg** hat seine Umsatzrendite im Jahr 2002 auf 5,2% erhöht. Gleichzeitig verloren 1,1% der Belegschaft ihren Arbeitsplatz. FTD 25.2.03

Weil der Gewinn vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen auf 647 Mio. € zurückgegangen ist, will der Mischkonzern **Linde** 1.500 Stellen abbauen. FTD 27.2.03

Der Damenmodekonzern **Gerry Weber** stellt seine Premiummarke ein und streicht deshalb in Halle 100 Arbeitsplätze. FTD 28.2.03

Der Kleincomputerhersteller **Palm** hat im Januar/Februar 2003 250 Mitarbeiter entlassen. IBM hat im Jahr 2002 insgesamt 15.000 Stellen gestrichen. FTD 3.3.03

Der kanadische Hersteller von Flugzeugen und Schienenfahrzeugen **Bombardier** will in den nächsten zwölf Monaten in seiner Flugzeugsparte 3.000 Mitarbeiter entlassen. FTD 6.3.03

Der Waschmittel- und Kosmetikkonzern **Henkel** hat im vergangenen Jahr ein Betriebsergebnis von 666 Mio. € erzielt. Der Konzern will 3.000 Arbeitsplätze streichen. FTD 6.3.03

Die Zahl der **registrierten Arbeitslosen** ist im Februar 2003 auf den höchsten Wert seit fünf Jahren und den dritthöchsten in der Geschichte der BRD gestiegen. Insgesamt waren 4,706 Millionen Menschen ohne Job registriert. FTD 7./8./9.3.03

Konrad Reich

Bushs Gründe für das Kriegsinferno an Euphrat und Tigris

In den ersten 48 Stunden der heißen Phase des 3. Golfkrieges sollen mehr als 3000 Präzisionsbomben und Marschflugkörper zum Einsatz kommen, doppelt so viele wie in den 40 Tagen des Golfkrieges von 1991

BeobachterInnen, die den Krieg damals an Ort und Stelle miterlebt haben, sprechen von einem bevorstehenden Massaker. In Bagdad sollen 3000 Ziele in den ersten Stunden zerstört werden. Ein Beamter des Pentagon erklärte im US-Fernsehen: "Es wird keinen sicheren Ort in Bagdad geben. Das schiere Ausmaß dieses Angriffs hat es zuvor nie gegeben."

Inzwischen befinden sich mehr als 250000 US-amerikanische und britische Truppen in der Region. Der Truppenaufmarsch ist seit Tagen abgeschlossen und die heiße Phase eines Krieges, der schon nach dem Ende des 2. Golfkrieges mit einer menschenverachtenden Blockade begonnen hatte, kann nach Ansicht der imperialistischen Kriegsherren beginnen. In den letzten zwölf Jahren wurden mehr als 1 Million IrakerInnen, unter ihnen 500 000 Kinder, durch die Folgen des Boykotts getötet.

WARUM KRIEG?

Der imperialistische Angriffskrieg gegen den Irak wurde schon 1998 in ultrarechten US-Denkfabriken geplant. Das *Project for the New American Century* (PNAC), das bereits 1997 gegründet wurde, forderte US-Präsident Clinton am 28.01.1998 in einem Brief zum Sturz Saddam Husseins und zu einer radikalen Umkehr im Umgang mit der UNO auf.

Zu den Mitgliedern des PNAC gehören führende Mitglieder der Bush-Regierung wie zum Beispiel Vizepräsident Cheney und Verteidigungsminister Rumsfeld. Damals wie heute ging es auch darum, sich des irakischen Erdöls zu bemächtigen. Es handelt sich nach Saudi-Arabien um die

zweitgrößten Erdölvorkommen weltweit. ExpertInnen vermuten weitere riesige Ölvorkommen im unerforschten Westen des Irak. Diese Reserven würden sogar die von Saudi-Arabien übertreffen. Hinzu kommt, dass das irakische Öl leicht zu fördern ist, und bei politischen Problemen in anderen Golfstaaten auch die Ausfuhr über Mittelmeerhäfen der Nachbarstaaten möglich wäre. Nur das Ende der Regierung von Saddam Hussein wird den USA letztendlich die Kontrolle über die irakische Ölindustrie verschaffen und damit die Möglichkeit eröffnen, das Öl entscheidend zu verbilligen.

Der Politikwissenschaftler Mohsen Massarat hat kürzlich vorgerechnet, dass die jährliche Ersparnis für die US-Wirtschaft bei ca. 150 Mrd. Dollar liegen würde. "Die geschätzten Kriegskosten von ca. 200 Mrd. Dollar würden in Kürze amortisiert", so Massarat weiter.

Keine andere US-Regierung hat vorher ein derart gigantisches Aufrüstungsprogramm beschlossen wie die Bush-Regierung. Im Zuge des sogenannten Kampfes gegen den Terror wurden die Militärausgaben auf 380 Mrd. Dollar erhöht.

Billiges Öl und die vollen Auftragsbücher der US-Rüstungsfirmen würden die kränkelnde Konjunktur in den USA wieder in Fahrt bringen. Auch in der deutschen Wirtschaft gibt es Stimmen, die einem kurzen begrenzten Krieg gegen den Irak eine "positive ökonomische Wirkung" zuschreiben. Die Kontrolle des irakischen Öls ist aber nur einer der Kriegsgründe für den US-Imperialismus und seinen Vasallen Blair.

STRATEGISCHE HERRSCHAFT IM MITTLEREN OSTEN

Ziel der USA ist es, den dauerhaften Zugriff auf die Ölfelder am Persischen Golf zu sichern. Ein Nachkriegsszenario, das die USA entworfen haben, geht von einer mehrere Jahre dauernden Besetzung des Irak aus. Ein Krieg erscheint der US-Regierung auch deshalb notwendig, weil sich Saudi-Arabien von einem

verlässlichen Statthalter zu einem unsicheren Kantonisten entwickelt hat. Seit Beginn des Afghanistankrieges hat sich auch die Haltung von großen Teilen der Bevölkerung gegenüber den USA drastisch verändert. Vor allem den USA geht es in dieser imperialistischen Kriegsallianz um die Gewinnung der strategischen Vorherrschaft in einer riesigen Region, die sich vom Mittelmeer bis nach Zentralasien erstreckt.

Bereits am 19. März 1999, wenige Tage vor der Bombardierung Jugoslawiens wurde der *Silk Road Strategy Act* vom US-Kongress verabschiedet. Dieses "Seidenstraßen-Strategie-Gesetz" zielt auf eine Schwächung der Wettbewerber im Ölgeschäft, darunter Russland, Iran und China. Diese Länder sollen geschwächt und destabilisiert werden. Dort heißt es u.a.: "Zu den erklärten Zielen der US-Politik im Hinblick auf die Energieressourcen in dieser Region gehört es, (...) Russlands Monopol über die Öl- und Gastransportrouten zu brechen (...), den Bau von Ost-West-Pipelines zu ermutigen, die nicht durch den Iran verlaufen, sowie zu verhindern, dass der Iran gefährlichen Einfluss auf die Wirtschaften Zentralasiens gewinnt."

Die alte, ökonomisch geschwächte Kolonialmacht Großbritannien will bei der imperialistischen Neuaufteilung der Region vom Schwarzen Meer bis an die chinesische Grenze natürlich mit von der Partie sein.

Einige der Kriegsstrategen in der Bush-Regierung denken bereits über das Ende des Irakkrieges hinaus und visieren neue Kriegsziele in der Region an. Unverhohlen wird dort Syrien wegen der Bedrohung für Israel – einer der offiziell genannten Gründe für den Irakkrieg – ins Fadenkreuz genommen.

Claudio R.



Geiseln des Völkerrechts

Im Sicherheitsrat entscheidet die Herrschaft einer kleinen Gruppe von Mächtigen nach altertümlichen Regeln über Leben und Tod. Dieses System hat keine Fehler, es ist ein Fehler.

Schon kurz nach Sonnenaufgang brannten die Barrikaden. Am Morgen des 10. März sammelten sich in den Elendsvierteln Conakrys (Guinea), Demonstranten und errichteten Straßensperren. Sie protestierten gegen die Erhöhung der Benzin- und Fahrpreise, die für viele den Weg zur Arbeit unerschwinglich macht.

Die westlichen Diplomaten, die sich derzeit in der Hauptstadt Guineas die Klinke in die Hand geben, dürften diese Proteste nicht zur Kenntnis genommen haben. Ohnehin sind sie ein seltener Anblick in Conakry. Nun aber gehört Guinea zu den nicht-ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats, und Befürworter wie Gegner eines Irakkrieges bemühen sich um die Stimme des westafrikanischen Staates.

Nicht, dass sich deshalb irgendjemand für die Position der guineischen Regierung zu Fragen der internationalen Politik oder gar die Lebensverhältnisse im Land interessieren würde. Alle Welt geht ganz selbstverständlich und durchaus realistisch davon aus, dass die Stimmabgabe im Sicherheitsrat davon abhängen wird, ob die Vertreter der USA oder der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich die glaubwürdigeren Drohungen und die verlockenderen Angebote vorbringen.

OLIGARCHISCHE HERRSCHAFT

Während das bürgerliche Recht in den kapitalistischen Demokratien zumindest formale Rechtsgleichheit hergestellt hat, sanktioniert das internationale Recht offen die Herrschaft einer Oligarchie. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China verfügen als ständige Mitglieder des Sicherheitsrats über ein Vetorecht, das jede Resolution blockieren kann. Dieses System degradiert alle anderen Staaten zu Statisten, was insbesondere die Vertreter aufstrebender Großmächte wie Deutschland und Indien nicht mehr akzeptieren wollen.

Das UN-System sollte nach dem zweiten Weltkrieg ein System kollektiver Sicherheit schaffen und Bedrohungen des

Friedens gemeinsam und möglichst gewaltfrei bekämpfen. In der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (1948) wurden zwar zur gleichen Zeit individuelle und soziale Rechte festgeschrieben. Doch während hier immerhin ein zivilisatorischer Mindeststandard definiert wurde, negiert das ebenso selbstverständlich wie unzutreffend als Völkerrecht bezeichnete Regelwerk (dessen zentrales Dokument die UN-Charta ist) die Menschenrechte im Interesse der Staaten und der sie regierenden Oligarchien.

Subjekt des Völkerrechts sind nicht "Völker", sondern Regierungen. Deren demokratische Legitimation ist ebenso unbedeutend wie die Zahl der Menschen, die sie zu repräsentieren beanspruchen. Die Oligarchie des Sicherheitsrats legitimierte sich ursprünglich durch den Sieg über Deutschland und Japan. Allerdings dominierte schon wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg der Konflikt zwischen kapitalistischen und stalinistischen Staaten die Weltpolitik, aus Verbündeten wurden Feinde.

KOLLEKTIVHAFTUNG FÜR DIE BEVÖLKERUNG

Begünstigt durch eine diplomatische Fehleinschätzung der UdSSR gelang es den USA 1950, sich den Koreakrieg von der UNO genehmigen zu lassen. Ansonsten aber blockierten sich beide Lager durch ihr Veto gegenseitig. Diese Pattsituation führte dazu, dass die UNO sich auf vermittelnde Tätigkeiten beschränken musste und ansonsten vor allem ein Forum für weltpolitische Debatten wurde, eine zuweilen nützliche Funktion, die allerdings zu Unrecht den Ruf der UNO und des internationalen Rechts als friedlicher Instanzen begründete. Es waren allein die Machtverhältnisse, die weitere UNO-Kriege verhinderten. 1990, als sich die zerfallende UdSSR nicht mehr als Gegenpol zu den USA sah, erhielt der Angriff auf den Irak das Mandat des Sicherheitsrats. Wenn es diesmal nicht zur

Einigung kommt, liegt das an der geänderten Interessenlage bestimmter Staaten mit Vetorecht.

Die Geschäftsgrundlagen und überkommenen Regeln des "Völkerrecht" stellen aber auch sie nicht in Frage. Kaum ein Diktator würde es heute noch wagen, alle Bewohner eines Häuserblocks für das Verbrechen eines einzigen Mieters zu bestrafen. Im "Völkerrecht" aber ist das Prinzip der Kollektivhaftung, das die Bevölkerung zu Geiseln der Regierungen macht, eine Selbstverständlichkeit. So kann die irakische Bevölkerung nicht nur Embargo und Krieg unterworfen werden, sie wird auch die Kosten des Wiederaufbaus zu tragen haben und Saddam Husseins Schulden bei deutschen Giftgasproduzenten abbezahlen müssen.

Warum auch sollten sich die im Sicherheitsrat versammelten Großmächte gemeinsam anders verhalten als sie es einzeln tun? Nur eine Änderung des internationalen Kräfteverhältnisses kann zu einer Änderung der Machtverhältnisse in der UNO und zu einer Zivilisierung des "Völkerrechts" führen. Eine solche Änderung aber kann nicht von Mächten wie Deutschland ausgehen, die selbst – wie im Kosovo – im Bedarfsfall Krieg ohne UN-Mandat führen und nur mit ihrem Rang, nicht aber mit den Spielregeln unzufrieden sind. Nur im Kampf gegen die kapitalistische Weltordnung kann eine wirkliche internationale Gemeinschaft entstehen.

Harry Tuttle

Das Regime Saddam Hussein

Auch wenn die USA mit ihrer Kriegspolitik alles andere als demokratische Ziele verfolgen und wir auf der Seite des Irak stehen, so verteidigen wir nicht Saddam Hussein.

Sein Regime ist ohne Zweifel diktatorisch. Es stützt sich wesentlich auf die Baath-Partei. Hussein ist ihr Vorsitzender, aber sie empfängt von ihm nicht nur Befehle. Baath ist eine vielfältige Struktur zum Machterhalt einer Jahrzehnte alten herrschenden Schicht. Zu den 50 000 Mitgliedern kommen ein bis zwei Millionen direkt Begünstigte- offiziell SympathisantInnen- hinzu. Nicht unbedeutend sind bei aller politischer Unterdrückung z. B. das Frauenwahlrecht, die breitere Bildung trotz verbreitetem Elend usw.

MANGELWIRTSCHAFT UND SANKTIONEN

Im Irak gibt es ein „Blockwartssystem“. Aber der Anhang der Baath hat ein direktes Interesse an der Aufrechterhaltung der Herrschaftsstrukturen. Dies liegt auch am allgemeinen Mangel an allen lebenswichtigen Gütern. Eine Mangelwirtschaft ist der ideale Nährboden für die Verfestigung einer bürokratisch privilegierten Schicht. Die UN-Sanktionspolitik und die seit 1991 anhaltenden Luftangriffe der USA und Britanniens sind der Hauptgrund für die anhaltende Stabilität des Hussein-Regimes. Müßten die Menschen im Irak weniger um ihr tägliches Überleben kämpfen, dann hätten sie auch mehr Zeit und Kraft für politische Aktivitäten. Es gäbe

weniger Bestrebungen, Teil des Regimes und damit der Privilegierten mit größeren Überlebenschancen zu werden.

REPRESSION

Selbstverständlich wird das irakische Regime nicht nur mit Zuckerbrot gestützt.



Zentrales Instrument der Herrschaftsabsicherung sind die Geheimdienste: der der Baath-Partei, des Allgemeinen Nachrichtendienstes und des Militärgeheimdienstes und des Sondergeheimdienstes, der die drei anderen überwacht. Polizei und Nationaler Sicherheitsdienst bilden einen Ring um diese innere Machtstruktur und kontrollieren alle politischen Regungen oder sich anbahnenden politischen Aktivitäten. Ergänzt wird dies durch eine extrem hierarchisch strukturierte Armee unter dem Oberkommandierenden Saddam Hussein. Hinzu kommen die Republikanischen Garden, eine Elitetruppe mit

über 40 000 Mann. Die persönliche Sicherheit von Saddam Hussein wird von einer mehrere tausend Mann umfassenden Präsidialtruppe gewährleistet.

Aufgrund des Systems von Begünstigungen und der Festigung der Clan-Strukturen im Verlauf der letzten 20 Jahre würde die Ausschaltung Saddam Husseins noch nicht zu einem Regimewechsel führen. Genau hier liegt zur Zeit auch der große Unterschied zwischen den USA und der von ihr unterstützten Opposition.

DIKTATOR

Hussein ist der tatsächliche Machthaber und unterliegt keinem Kontrollorgan. Zwar ist er nur der Vorsitzende des Revolutionsrats, des Revolutionären Kommandorats und vor allem des „Sonderbüros“, aber niemand in diesen Gremien könnte sich gegen ihn stellen. Gestützt auf die Strukturen der Baath-Partei gelingt es ihm, mit äußerster Brutalität alle Widerstände auszuschalten. Dabei setzt er auch Massenvernichtungswaffen ein wie z. B. in Halabja am 16.3.88. Dort ermordeten irakische Militärs bei einem Giftgasangriff 5000 KurdInnen. Die Mittel für diese verbrecherische Politik, wie auch für den Krieg gegen den Iran, hatte er allerdings den Großmächten USA und BRD zu verdanken.

D.B.

Kurdistan im Schatten des Krieges

Die autonome kurdische Region im Nordirak steht unter dem Schutz der UN und faktisch der USA und Britanniens. Ihre BewohnerInnen rechnen bei Kriegsbeginn mit dem Einmarsch türkischer Truppen.

Die türkische Republik will dabei nicht nur den USA helfen, sondern auch die mögliche Entstehung eines kurdischen Staates im Nordirak verhindern. Die Unabhängigkeit wird dort allerdings nur von kleinen Gruppen angestrebt.

Begründet wird ein Einmarsch mit dem dortigen Vorhandensein von 3,5 Millionen TurkmenInnen, bei einer Bevölkerung von vermutlich nur drei Millionen, für deren Schutz gesorgt werden soll. Im Hintergrund stehen die nach 1926 nie aufgegebenen Ansprüche der Türkei auf die ölfreiche Region.

Eine derartige Intervention würde nicht nur Kämpfe zwischen der türkischen

Armee und kurdischen Organisationen auslösen. Auch der Iran würde auf den Plan rufen, der kein Interesse an einer Stärkung des türkischen Einflusses in der Region hat. 23 Organisationen in Irakischem Kurdistan haben sich in einem Aufruf gegen die Einmarschpläne gewandt, darunter die beiden größten kurdischen Organisationen KDP und PUK.

Die Haltung beider Organisationen zum imperialistischen Angriff ist unklar. Sie haben mit den USA schon öfters schlechte Erfahrungen gemacht und haben wenig Illusionen über die Nachkriegssituation. Sie hoffen aber auch auf den Sturz des Saddam-Regimes.

In den kurdischsprachigen Teilen der Türkei und des Irans gehen die Sicherheitskräfte indessen verstärkt gegen oppositionelle Kräfte vor. Im Iran wurden mehrere Mitglieder der KDP-Iran und der linken KOMALA hingerichtet. In Nordkurdistan sind sowohl die legalen Oppositionsgruppen und die illegale KADEK (EXPKK) weiterhin, trotz wohlklingender Versprechungen der neuen Regierung, einem andauernden staatlichen Druck ausgesetzt. Das Newroz-Fest wird eine Art Test der Liberalität der türkischen AKP-Regierung darstellen.

joe hill

Altes Europa?

200 Jahre, nachdem durch die bürgerlichen Revolutionen die Folter in den meisten europäischen Staaten verboten wurde, wollen manche in der BRD einen anderen Weg gehen.



Nachdem schon unter "rot"grüner Federführung Bremen und Hamburg die zwangsweise und zuweilen tödliche Brechmittelvergabe an schwarze und kurdische Jugendliche zwecks Beweissicherung einführten, haben interessierte Kräfte aus Polizei- und Justizapparat einen neuen Vorstoß eröffnet. Ein Extremfall, die Entführung und Ermordung eines Kindes, wird herangezogen, um in einer medial aufgeputschten Situation durch gezielten Druck auf die Tränendrüsen der Öffentlichkeit, die Akzeptanz für Gewaltanwendung auf Polizeirevieren zu erhöhen. Durch schmerz zufügende, aber keine bleibenden körperlichen Schäden (und von ÄrztInnen attestierbare Spuren) hinterlassende Eingriffe, sollen potenziell Tatverdächtige zum Sprechen gebracht werden. Falls kein Resultat erzielt wurde, hat der Verdächtige halt Pech gehabt.

Nun belegen Untersuchungen über Folter, dass diese Traumatisierungen zumindest psychische Schäden hinterlassen und die Würde eines Menschen bricht. Auch sind Folteropfer, um den ihnen zugefügten Schmerzen zu entgehen,

häufig bereit, auch bei Unschuld Taten zuzugeben. Die Unschuldvermutung wird durch eine angenommene Schuld ersetzt, der mensch zunächst kaum enttrinnen kann.

Dass Folter (Schläge, Schlafentzug, Untertauchen, Elektroschocks, Vergewaltigungen, etc.) auf vielen europäischen Polizeirevieren auch ohne legale Absicherung an

der Tagesordnung sind, belegen die Reports verschiedener Menschenrechtsorganisationen, so in Nordirland oder Spanien. Auch in der BRD gehören z.B. Schläge auf Polizeirevieren für viele Arbeiterjugendliche, besonders auch MigrantInnen, zum Alltag.

Nun scheint der Testballon zur Legalisierung von Folter erst einmal geplatzt zu sein. Das ist aber, nicht nur wegen der Realität auf Polizeiwachen, kein Grund zur Beruhigung. Die Zurückweisung durch das Justizministerium und die großen Parteien war nicht allzu entschieden und in gewisser Hinsicht von Verständnis ("... kann doch mal passieren, so etwas...") geprägt. Der Vorstoß wird wohl nicht der letzte gewesen sein. Gerade darum ist es notwendig, den Kampf gegen die Repression und für die Verteidigung demokratischer Rechte zu intensivieren und für die Auflösung unkontrollierbarer Repressionsorgane wie Polizei und Geheimdienste einzutreten.

joe hill



KURZ & WICHTIG

Fehlentwicklung?

Während 11% der Frauen des Jahrgangs 1940 keine Kinder haben, wird es beim Jahrgang 1965 ein Drittel sein. Bei Akademikerinnen wird der Anteil sogar 41% betragen. Rein rechnerisch hat jede Frau im Durchschnitt 1,4 Nachkommen, 1965 waren es noch 2,5. Italien, Spanien und Griechenland liegen mit 1,3 Kindern allerdings noch darunter.

FR 20.2.2003

Pisa – einmal anders

Laut Pisa-Studie sind Kinder vollberufstätiger Mütter eher in hohen Schulformen und bringen gute Leistungen. Das Hausfrauendasein der Mutter ist also ein Risiko für die Bildung der Kinder, nicht etwa die Berufstätigkeit! Gleichzeitig wird deutlich, dass die Förderung der Zuwandererkinder unzureichend ist. Auch sagt die Einordnung im dreigliedrigen Schulsystem wenig über die Leistungsfähigkeit aus. Gesamtschulen als Ganztagschulen muss deshalb unsere Forderung sein.

TAZ 5.3.2003

Recht

Schwangere Frauen, die bei einem Einstellungsgespräch nach einer Schwangerschaft gefragt werden, dürfen grundsätzlich lügen, entschied das Bundesarbeitsgericht. Das BAG passt damit seine Rechtsprechung an die des europäischen Gerichtshofs an. Die Frage nach einer Schwangerschaft ist eine verbotene Diskriminierung wegen des Geschlechts.

TAZ 7.2.2003

Rente

Frauen erreichen bei der Rentenrente nur 50% des Niveaus der Männer (in Frankreich 60%). Die starren Regeln müssten zu Gunsten der Frauen aufgelöst werden und die Abschläge für fehlende Versicherungsjahre überdacht. Selbst Rürup, der Kommissionskopf, meint, für die Armut der Rentnerinnen sei nicht die hohe Kinderzahl, sondern die mangelnde Möglichkeit der Erwerbstätigkeit verantwortlich. Zudem: Frauen erhalten in Deutschland immer noch nur 76% der Männereinkommen.

FR 6.2.2003

B.S.

Neues Programm, alte Diskussion

Ende Februar haben Programmkommission und Parteivorstand der Partei des Demokratischen Sozialismus einen überarbeiteten Programmentwurf vorgelegt.

Von ihrem programmatischen Ziel her ist die PDS noch eine sozialistische Partei. Mit den entsprechenden Ausführungen über „sozialistische Politik“ und Kritik am „neoliberalen Kapitalismus“ unterscheidet sich der neue Entwurf erheblich von jeder sozialdemokratischen Programmatik seit dem Godesberger Programm. Das neue PDS-Programm wird dadurch nicht revolutionär, aber es ist zunächst „sozialistisch“. Dabei greift es auf den utopischen Sozialismus bzw. Werte der bürgerlichen Revolution wie Gerechtigkeit und Solidarität, Freiheit und Gleichheit zurück. Für die „Menschenwürde“ muss sogar die Berufung auf das Grundgesetz erhalten.

Da die PDS die Sozialdemokratie als strategische Bündnispartnerin braucht, versucht der Programmentwurf die Unterschiede zur SPD abzuschwächen. Das „sozialdemokratische Projekt“ sei „zweispältig“, mit einem „Übergewicht neoliberaler Entwicklungstendenzen... Noch ist nicht absehbar, welches Gewicht der spürbare Widerstand linker sozialdemokratischer Kräfte dagegen gewinnen könnte“. Nichts ist „absehbarer“ und „spürbarer“, als die Ohnmacht und Kapitulationspolitik des „linken“, sozialliberalen SPD-Flügels vor der neoliberalen Parteimehrheit. Doch der PDS-Parteivorstand hält die Entwicklung der SPD für offen – wie manche Linke die Entwicklung der PDS.

DAS PRINZIP DES KLASSENKAMPFS

Mit dem neuen Programmentwurf hätte die PDS nicht einmal Mitglied der II. Internationale zu Bebel und Jaurès' Zeiten werden können. Denn nach den damaligen Statuten konnten ihr nur angehören: „Sozialistische Parteien, die den Klassenkampf anerkennen und Arbeiterorganisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen (Gewerkschaften)“. Zwar bezeichnet der neue Programmvorschlag der PDS die bürgerliche Gesellschaft als kapitalistisch. Aber er übergeht den sie prägenden Klassengegensatz und Klassenkampf. „Die Gesellschaft wird auf neue Weise gespalten“ in „große Gruppen“ wie „die Erwerbsabhängigen“, „die Informatonsarbeiterinnen“, die „Dienstboten der neuen Mittelschichten“, die „neuen Arbeitskraftunternehmerinnen“ oder die „Beschäftigten im Hochlohnsektor mit



Im Programm beschreibt eine Partei ihre Ziele und wie sie diese erreichen will. Der Programmentwurf der PDS kritisiert zwar den neoliberalen Kapitalismus. Er ignoriert aber die grundlegende Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Die PDS will eine sozialistische Gesellschaft über die „Demokratisierung“ des kapitalistischen Staates und Reformen durch eine Regierungskoalition mit der SPD erreichen. Einen revolutionären Weg zu grundlegenden Veränderungen sieht sie nicht.

Vermögensanlagen“. Die nicht zu leugnende Vielfalt der ArbeiterInnenklasse läßt die AutorInnen des Programms vor lauter Bäumen den Wald übersehen: Dass nämlich die 41 Mio. Lohnabhängigen gegenüber den 300000 KapitaleignerInnen ein gemeinsames Klasseninteresse haben. Weil die PDS dies ignoriert, kann sie auch keine erfolgreiche Strategie zur Gesellschaftsveränderung entwickeln. Und sie wird zu einer Partei mit sozialistisch-bürgerlichem Doppelcharakter:

DEMOKRATIE – FÜR WELCHE KLASSE?

Im Programmentwurf wird die „Demokratie“ als über den Klassen stehendes Prinzip angesehen: „Demokratie verlangt,

dass ein solcher Staat seine Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, die Förderung der sozial Benachteiligten und als demokratische Institution gegenüber der Macht der nationalen und internationalen Wirtschaftsakteure wahrnimmt“. Die davon abgeleitete „Demokratisierung“ verwandelt – auf dem Papier – den kapitalistischen in einen „entbürokratisierten und von einer selbstbestimmten Zivilgesellschaft geprägten Staat“. Und da sich das ein bißchen abstrakt anhört, landet der Programmentwurf bei der Verteidigung „der parlamentarische Demokratie gegen die Macht und Interessen der Banken, Anlagefonds und Konzerne“ oder fordert „gut ausgebildete und human motivierte Polizeikräfte“ gegen das Verbrechen. Die sozialistische Abstraktion entpuppt sich als bürgerliche Wirklichkeit.

STRATEGIE DER SACKGASSE

Wie die Globalisierung des Widerstands zur schematischen Übertragung linker Politikkonzepte führen kann, zeigt der Programmentwurf mit folgendem Absatz: „Die PDS ringt als politische Partei um parlamentarische Stärke. Wir streiten darum, wie wir politische Verantwortung in parlamentarischer Opposition ebenso wie in Regierungsbeteiligungen übernehmen können, indem wir unser Profil als sozialistische Partei praktisch entwickeln und Ansätze für soziale und demokratische Alternativen durchsetzen. Die Stärkung partizipativer Demokratie ist dabei für uns zentral. Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam Politik gestalten“. Was im halbkolonialen Brasilien ein antikapitalistischer Ansatz auf städtischer Ebene sein konnte, wird in der imperialistischen BRD zu Mitbestimmung und Klassenzusammenarbeit. Oder wie es der Programmentwurf in unverhüllter Offenheit ausdrückt: „Mit der Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung und der Bildung der SPD-PDS-Regierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hat die PDS unter schwierigen Bedingungen demokratische Verlässlichkeit in Koalitionen und Politikfähigkeit nachgewiesen, auch in Regierungsverantwortung“.

B.B.

Osterseminar des RSB:

EINE BESSERE WELT IST MÖGLICH!

“Eine bessere Welt ist möglich. Unsere Alternativen zu Kapitalismus, Patriarchat und Ausgrenzung” – so lautet das Thema unseres diesjährigen Osterseminars. Vom 14.-19. April, wie immer in Amsterdam.

Warum ist das bedeutendste revolutionäre Experiment des 20. Jahrhunderts – die russische Oktoberrevolution – gescheitert? Warum wäre eine sozialistische

Planwirtschaft im Unterschied zur stalinistischen Kommandowirtschaft der kapitalistischen Profitwirtschaft überlegen? Warum treten wir für eine direkte Demokratie ein, hier und anderswo? Ist die Befreiung der Frauen ohne Sozialismus möglich, ist der Sozialismus ohne Befreiung der Frauen möglich? Welches Verhältnis haben Revolution und Kultur?

Auf diese und viele andere Fragen wollen wir gemeinsam versuchen, Antworten zu finden.

Außerdem im Programm: Filme, Stadtbummel, Sport, Fete...

Interesse? Nähere Infos und Anmeldung über das Büro des RSB (Tel/Fax: 0621/1564046, Mail: buero@rsb4.de, Internet: www.rsb4.de)



131 S., Euro 12,00,
ISBN 3-89900-105-2
Neuer ISP Verlag

Gilbert Achcar

Der Schock der Barbarei

Der 11. September und die »neue Weltordnung«

Eine Analyse des aus dem Libanon stammenden französischen Wissenschaftlers: der 11. September im Kontext der Beziehungen der USA mit islamistischen Gruppen und der Rolle Saudi-Arabiens.

„Diese Untersuchung zu den wahrscheinlichen Umrissen kommender Entwicklungen ist nüchtern, kompromisslos, bestens informiert und voller Denkanstöße und kluger Analysen“. Noam Chomsky zur englischsprachigen Ausgabe

Mit einem ungewöhnlichen Verständnis für die Fakten der internationalen Politik analysiert Achcar die Ursprünge und Entwicklungen des Zusammenpralls (...) Besonders das Kapitel „Hass, Barbarei, Asymmetrie und Anomie“ muss jeder unbedingt lesen; es ist der überzeugendste und gründlichste Text, den man über diesen Krieg lesen kann.

Paul-Marie de la Gorce in *Le Monde Diplomatique* zur französischen Ausgabe.



INPREKORR - die marxistische Monatszeitschrift mit Berichten von politisch Aktiven aus der ganzen Welt
Inhalt der Inprekorr Nr. 376/377 (März/April 2003):

- * **Der Imperialismus im 21. Jahrhundert**
- * **Südamerika: Zwischen Aufstand und Lula-Effekt**
- * **Brasilien: Der Standort von Lulas Amtsführung**
- * **Asiatisches Sozialforum**
- * **Ecuador, Venezuela, Russland, Irak- USA**

Doppelheft: 4,50 EUR | Jahresabo: 26 EUR | ermäßigtes Abo: 15 EUR

Bestellung bei: Neuer Kurs GmbH, Dasselstr. 75-77, D-50674 Köln

oder in linken Buchhandlungen

Die Inprekorr wird herausgegeben vom Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale

Afghanistan ein Jahr nach Taliban

Der Krieg gegen Afghanistan sollte angeblich dem „Kabuler Terrorregime“ ein Ende setzen. Die Taliban sind entmachtet, aber Gewalt und Unterdrückung sind nicht weniger, in vielen Bereichen sogar schlimmer geworden.



Der Unterschied zur Lage vor dem 7. Oktober 2001 liegt darin, dass jetzt auch ausländisches Militär beteiligt ist. An den grundlegenden Konflikten hat sich nichts geändert, nur dass die ethnischen Säuberungen eine neue Dimension erreicht haben.

ETHNISCHE SÄUBERUNG

Mit direkter und indirekter Unterstützung der USA werden die Volksgruppen gegeneinander gehetzt, z.B. werden die Paschtunen in Nordafghanistan durch die Dostom-Milizen (Usbeken) und die Tadschiken (Nord-Allianz) aus ihren Häusern getrieben und zur Flucht in den Süden bzw. nach Pakistan gezwungen. Leitspruch der Nord-Allianz (=Mordallianz): den Norden Paschtunen-frei machen.

Die USA unterstützen diese Vertreibungspolitik, weil sie grundsätzlich die Volksgruppe der Paschtunen mit den Taliban und dem Terror gleichsetzen (die Taliban waren mehrheitlich Paschtunen). Nach Angaben der Hilfsorganisationen sind bis Dezember 2002 ca. 25 000 paschtunische Flüchtlinge aus Nordafghanistan in Peshawar (Pakistan) durch das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) betreut worden.

Dostom-Milizen liefern sich täglich Schießereien mit Tadschiken im Nordosten, um die Vorherrschaft im Nordosten und Norden zu gewinnen. Begleitet sind diese Kämpfe von Plünderungen, Vergewaltigungen und Häuserverbrennungen. In Zentralafghanistan kämpfen (schiitische) Hazaras gegen Tadschiken um die Vorherrschaft. Hier sind die Hazaras wegen ihrer engen Beziehungen zu schiitischen Kräften im Iran den Amerikanern ein Dorn im Auge.

Die US-Truppen betreiben ihre „Terrorbekämpfung“ durch Bombardierung von Dörfern und die Festnahme einfacher Bauern. So wurde z. B. im Januar das Dorf Musa-Kala (Provinz Helmand in Südwestafghanistan) beschossen: zahlreiche Tote und Verletzte, Hunderte von Festnahmen, darunter auch zehnjährige, unterernährte Kinder.

RECHTSLAGE

Auf der Luftwaffenbasis Bagram (40 km nördlich von Kabul) wurde ein inzwischen berüchtigtes amerikanisches Foltergefängnis eingerichtet. Dort werden zumeist Bauern unbegrenzt in Einzelhaft gehalten und mit barbarischen Methoden gefoltert und verhört. In der ersten Märzwoche sind zwei Leichen aus Bagram mit der offiziellen Erklärung in die Hauptstadt gebracht worden: „Es war ein natürlicher Tod“, aber keiner hat Zweifel daran, dass die jungen Bauern unter der Folter gestorben sind. In der Presse der Region (Pakistan, Iran) ist viel darüber geschrieben worden.

Die Nord-Allianz und die Dostom-Milizen haben in Kabul und in den Provinzhauptstädten Privatgefängnisse eingerichtet, um die politische Opposition zu unterdrücken. Im November 2002 haben die Studenten der Uni Kabul für genügend Brotrationen im Monat Ramadan (dem Fastenmonat der Moslems) friedlich demonstriert. Die Demonstration wurde gewaltsam unterdrückt, 6 Studenten durch die Nord-Allianz erschossen, 41 verletzt. Ca. 160 Festgenommene sind spurlos verschwunden.

FRAUENRECHTE

Durch Beschluss des Obersten Gerichtshofes sind gemischte Klassen von der Grundschule bis zur Universität verboten. Männliche Lehrkräfte dürfen nicht Frauen unterrichten und umgekehrt. Mädchenschulen gibt es nur in Kabul und auch hier nur in sehr begrenzter Zahl, nämlich für privilegierte Politiker- und Händlerschichten.

Es herrscht nach wie vor eine allgemeine Unsicherheit für Frauen aufgrund der Zwangsehen und der Vergewaltigungen durch die Nord-Allianz-Milizen. Dies läuft

auch in der Hauptstadt und unter den Augen der sogenannten internationalen Friedenstruppen. So ist z. B. Anfang März eine junge Frau (der schiitischen Hazara) im westlichen Teil Kabuls (Dasht-i-Bartschi) am helllichten Tag durch Soldaten der Nord-Allianz entführt und vergewaltigt worden. Dies hat Massenproteste ausgelöst, die aber mit militärischer Gewalt unterdrückt wurden.

Liebespaare werden durch die Religionspolizei (so zuletzt wieder in Heart, Westafghanistan) wegen angeblicher sexueller Beziehungen verhaftet und anschließend ärztlich untersucht. Dies wurde während Karzais Amerikareise von Senatorin Barbara Boxer (Kalifornien) im Senatsausschuss Foreign Relations erläutert.

INTERNATIONALE AUFBAUHILFE

Laut internationaler Presse sind 2002 nach Afghanistan mehr als 1,7 Mrd. \$ Hilfgelder geflossen. Die Bevölkerung erlebt dies nur im aufwendigen Lebensstil und dem Luxus der hohen Regierungsbeamten. Es herrschen Korruption und Vetternwirtschaft, vor allem durch Karzais Verwandte und Freunde und die Minister der Nord-Allianz. So hat z. B. deren Minister für Verteidigung in letzter Zeit drei Häuser in New Delhi gekauft (die Nord-Allianz hat gute Beziehungen zu den Hindunationalisten).

Mit Hilfgeldern werden vor allem Waffen und Minen von Russland, Indien und Iran gekauft und für zukünftige Machtkriege aufbewahrt.

SICHERHEIT

Plünderungen, bewaffnete Raubüberfälle und Erpressung sind an der Tagesordnung. Die Warlords (es gibt etwa 180 davon) sind immer noch mächtig und viele davon sind enge Freunde des CIA und haben über Satellitentelefon Verbindung zur amerikanischen Flotte in Diego Garcia (im indischen Ozean). Sie müssen ständig über ihr Einflussgebiet Bericht erstatten. Vor allem der Wegezoll macht die Organisierung eines „normalen Lebens“ sehr schwer.

Mohammed Anwar Karimi